

## **1. Leistungsbeschreibung**

### **1.1 Struktur des Entsorgungsgebietes und Vorbemerkungen**

Die kreisfreie Stadt Augsburg liegt im Südwesten des Bundeslandes Bayern in der Bundesrepublik Deutschland und umfasst eine Fläche von ca. 147 km<sup>2</sup>. Sie ist über die Bundesautobahn A 8 sowie über die Bundesstraßen B 2, B 17 und B 300 an das bundesdeutsche Straßennetz angebunden. Zum Stichtag 31.12.2023 lebten 305.981 Einwohner in der Stadt Augsburg. Weitere Informationen zur Stadt Augsburg und zur Abfallwirtschaft sind unter <http://www.augsburg.de> bzw. <http://www.aws.augsburg.de> zu finden.

Die Vertragsgebiete Lechhausen, Firnhaberau, Hammerschmiede und Hochzoll umfassen eine Gesamtfläche von ca. 3.242,4 ha. Es leben insgesamt 70.641 Einwohner in den Vertragsgebieten (Stand 31.12.2023).

Die Stadt Augsburg ist für ihr Gebiet entsorgungspflichtige Körperschaft gemäß Art. 3 Abs. 1 Bayerisches Abfallwirtschaftsgesetz (BayAbfG). Der Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt Augsburg (AWS) ist zuständiger Eigenbetrieb.

Im Zuge des zum 01.01.2019 in Kraft getretenen Verpackungsgesetzes (VerpackG) wurde mit dem gemeinsamen Vertreter (§ 22 Abs. 7 VerpackG) der Dualen Systeme ein Gebietsteilungsmodell für die Erfassung von Leichtverpackungen (LVP) und stoffgleichen Nichtverpackungen (sNVP) – der sogenannten Wertstofftonne – vereinbart (§ 22 Abs. 5 VerpackG).

Der AWS als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (örE) ist mit der Einführung der Wertstofftonne für die operative Umsetzung der Sammlung, Umschlag, Sortierung und der Verwertung für das Teilgebiet östlich des Lechs zuständig.

Für das Gebiet westlich des Lechs zeichnen die Dualen Systeme verantwortlich. Dieses Gebiet ist nicht Bestandteil dieser Ausschreibung.

Es wird vom Bieter erwartet, dass er sich selbst vor Ort einen Eindruck von den in dem Entsorgungsgebiet vorhandenen leistungerschwerenden Faktoren (z. B. Verkehrssituation insbesondere im Innenbereich des Gebiets, Straßenbreiten usw.) verschafft.

Grundlage der Leistungserbringung ist die Vergabeunterlagen sowie die jeweils gültige Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Augsburg. Dabei ist der Auftraggeber im Rahmen des vorgesehenen Vertragsverhältnisses in begründeten Einzelfällen befugt, Anweisungen zu erteilen, die Priorität vor den Regelungen in der Abfallwirtschaftssatzung haben, soweit sie für den Auftragnehmer nicht unzumutbar sind.

Ferner wird ausdrücklich auf die als Anlage zu diesen Vergabeunterlagen beige-fügten Unterlagen verwiesen:

- Stadtplan (Anlage 1)
- Gebietskartierung mit Markierung der Straßenabschnitte (Anlage 2)
- Liste der Objektlagen, die nicht mit einem Müllwagen anfahrbar sind – keine Leerung durch den Auftragnehmer (Anlage 3)
- Karte Umschlagsplatz (Anlage 4)
- Anhängezettel für die Tonnen bei Fehlleerungen (Anlage 5)

## 1.2 Angaben zu örtlichen Verhältnissen und Behälterinformationen

Die Zahlen für die derzeit gestellten Wertstoffbehälter stellen sich nach aktueller Erhebung des Auftraggebers im Vertragsgebiet wie folgt dar:

Stadtteile mit Einwohner- und Behälteranzahl:

Stadtteil	Einwohnerzahl	Behälteranzahl (Stand Dezember 2023)	Fläche in ha
Lechhausen	37.124	5.540	1.049,1
Firnhaberau	5.246	1.528	782,8
Hammerschmiede	7.368	1.756	901,6
Hochzoll	20.903	3.947	508,9
SUMME	70.641	12.771	3.242,4

Mit Stand 31.12.2023 setzte sich die Behälteranzahl wie folgt zusammen:

<b>Behältergröße</b>	<b>Behälteranzahl Gesamt im örE Gebiet</b>
120 Liter MGB	3.937 Stück
240 Liter MGB	6.828 Stück
1.100 Liter MGB	2.006 Stück
12.771 Behälter insgesamt	

Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der Errichtung von Neubaugebieten die Anzahl der Behälter in den kommenden Jahren steigen wird.

Der Auftraggeber stellt die Abfallbehälter zur haushaltnahen Erfassung der Leichtverpackungen (LVP) und der stoffgleichen Nichtverpackungen (sNVP) – fortan „Wertstoffe“ – bereit. Die Behälter wurden im Teilgebiet des Auftraggebers aufgestellt.

Die Behälter weisen folgende Merkmale auf:

- Die Behälter sind vollflächig RAL 1037 – sonnengelb.
- 4-Rad-Behälter 1.100 Liter sind für Schüttungen mit Zapfenaufnahme und für Kammschüttungen ausgestattet.
- 2-Rad-Behälter sind mit Durchfassgriffen versehen.
- Die fahrbaren 2-Rad-Behälter sind mit wartungsfreien, vollgummibereiften Rädern ausgestattet, welche außenliegend befestigt sind. Die Laufrollen besitzen wartungsfreie Kunststoffnaben und -felgen. Die 4-Rad-AWB haben einen Zentralstopp.
- Die Behälter sind mit einem RFID Chip ausgestattet.

Auf Wunsch des Auftragnehmers können die Behälter vor Ort beim Auftraggeber besichtigt werden.

### **1.3 Prognostizierte Leerungszahlen.**

Die Leerungszahlen im Vertragsgebiet orientieren sich an der erwarteten Bereitstellungsquote und werden wie folgt prognostiziert:

Behältergröße	Geschätzte Anzahl Leerungen/ Jahr
120 Liter MGB	92.125
240 Liter MGB	159.775
1.100 Liter MGB	46.940

\* In den Leerungszahlen sind die durch den Auftraggeber eingesammelten 1 x wöchentlich in der Riedingerstraße 40 abzuholenden Inhalte der Wertstoffsäcke durch Leerung der dort hierfür bereitstehenden 1.100 l-Behälter mitenthalten. Das Behältervolumen für die Abfälle aus den Wertstoffsäcken wird auf ca. 3 bis 4 1.100 Liter MGB pro Woche prognostiziert.

Die obigen Zahlen wurden unter Annahme einer 90 %-igen Bereitstellungsquote eingeschätzt. Auch damit ist keine verbindliche Prognose verbunden.

Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass durch den Auftragnehmer lediglich die zur Leerung bereitgestellten Wertstoffbehälter geleert werden sollen.

Es kann nicht gewährleistet werden, dass die prognostizierten Leerungen über die Vertragslaufzeit erreicht werden.

Neben Einzelpreisen für Behälterleerungen und die Umladung (pro Gewichtstonne = Mg) fragt der Auftraggeber auch Preise für erfolglose Leerungsversuche ab. Dabei geht er davon aus, dass die Vorgänge nur ca. 2 % der insgesamt prognostizierten Leerungen (ca. 5.906) ausmachen dürften. Auch dies kann vom Auftraggeber aber nicht abschließend beurteilt werden, es besteht (auch) insoweit kein Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit.

Für Preisanpassungen im Ausnahmefall (erhebliche Abweichungen und damit verbundene Kostensteigerungen) wird auf die Besonderen Vertragsbedingungen verwiesen.

#### 1.4 Materialbeschaffenheit LVP & sNVP – Wertstoffgemisch & Sammelmengen

Die erfassten Materialien bestehen aus Leichtverpackungen (LVP), die typischerweise beim Endverbraucher als Verkaufs- oder Umverpackung anfallen. Dies sind Verpackungen aller Art mit Ausnahme von Glas und Papier/Pappe/Karton,

Holz, Textilien und vergleichbaren Werkstoffen. Diese bestehen hauptsächlich aus Kunststoffe und Verbundstoffe wie z. B. Joghurtbecher, Pflegemittel-, Plastiktüten, Schaumstoffe, Shampooflaschen, Spül- und Waschmittelflaschen, Styroporschalen für Lebensmittel, Zahnpastatuben, Konservendosen, Getränkedosen, Getränke-/Milchkartons etc.

Stoffgleiche Nichtverpackungen sind tonnengängige Produkte aus privaten Haushaltungen, die überwiegend aus Metallen, Kunststoffen oder Verbunden bestehe, keine Verkaufsverpackungen darstellen und über denselben Verwertungsweg geführt werden können wie Leichtverpackungen (Keine Elektrogeräte, kein Holz, keine Alttextilien) z. B. Bobby-Car, Duschvorhänge, Eimer, Gießkannen, Kinderspielzeug, Klarsichthüllen, Wäschekörbe.

Die voraussichtliche Menge der Wertstoffe wird derzeit auf 2.600 Jahrestonnen (Gewichtstonnen = Megagramm) prognostiziert. Aufgrund der Umstellung von einer Gelben Tonne für Leichtverpackungen auf eine Wertstofftonne können sich die Menge und die Zusammensetzung des Sammelgemisches im Zeitverlauf auch noch ändern bzw. anders entwickeln – auch hier gilt, dass das Jahresgewicht der zu erfassenden Mengen nicht verbindlich prognostiziert werden kann.

## **1.5 Fahrzeugausstattung und technische Anforderungen**

Als Sammelfahrzeuge sollen Heckladerfahrzeuge eingesetzt werden, um eine Kammschüttung zu ermöglichen.

Die von dem Auftragnehmer für die Leistungserbringung eingesetzten Fahrzeuge sollen mindestens EURO-Norm 5 erfüllen.

Alle eingesetzten Fahrzeuge müssen stets ein optisch sauberes Erscheinungsbild aufweisen und sind entsprechend den witterungsbedingten Gegebenheiten vor dem Einsatz außen zu reinigen. Zur Sicherstellung der Entsorgung ist für jedes Fahrzeug wintertaugliche Bereifung vorzuhalten und entsprechend der Witterung einzusetzen. Sämtliche zur Entsorgung eingesetzten Fahrzeuge des Auftragnehmers müssen mit Auto- oder Mobiltelefon zur jederzeitigen Erreichbarkeit ausgestattet sein.

Ferner müssen die Fahrzeuge des Auftragnehmers mit einem Smartphone zur Tourmängelerfassung unter Nutzung der durch den Auftraggeber bereitgestellten App ausgestattet sein.

Ferner wäre es wünschenswert, wenn die Fahrzeuge zur Steigerung der Verkehrssicherheit über einen Abbiegeassistenten verfügen würden.

Der Auftragnehmer hat Reservefahrzeuge und Reservepersonal in ausreichender Höhe für Ausfälle bereit zu halten.

Ferner wird auf die technischen Voraussetzungen der Entsorgungsfahrzeuge betreffend die Leseinrichtungen zur Behälteridentifikation unter Ziff. II.1.7. verwiesen.

## **1.6 Personal**

Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass für die Durchführung der ausgeschriebenen Leistung fachkundiges und ausreichend deutschsprachiges Personal eingesetzt wird.

Das Personal hat regelmäßig (einmal jährlich) Schulungen bezüglich der in dieser Leistungserbringung beschriebenen zu erbringenden Leistung durchzuführen. Im Kontakt mit den Bürgern verhalten sich die Mitarbeiter des Auftragnehmers unter allen Umständen höflich und korrekt. Der Auftragnehmer hat für eine hinreichende Dokumentation der entsprechenden Schulungen (einschließlich Unterschrift der Teilnehmer) zu sorgen und dem Auftraggeber diese auf Verlangen vorzulegen.

Der Auftragnehmer hat spätestens vier Wochen vor Leistungsbeginn einen verantwortlichen Ansprechpartner mit selbständiger Entscheidungsgewalt für die Laufzeit des Vertrages zu benennen. Grundsätzlich findet einmal jährlich zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer ein persönliches Abstimmungsgespräch zu den Themen Problem- und Verbesserungsmöglichkeiten der Leistungserbringung im Hause des Auftraggebers statt.

## 1.7 Vorgaben zur Leerung und Tourenplanung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur regelmäßigen Leerung der Wertstofftonnen. Die Anfallstellen sind alle 14 Tage an den Leerungstagen jeweils in der Zeit von 07:00 bis 20:00 Uhr zwecks Behälterleerungen anzufahren. Auf die Einhaltung der örtlichen Lärmschutzbestimmungen wird hingewiesen.

Die Leerung erfolgt im sogenannten Teilservice. Die Behälter sind von den Haushaltungen am Tag der Leerung ab 06:30 Uhr am Straßenrand bereitzustellen und durch den Auftragnehmer zu leeren. Nach der Leerung sind die Behälter mit geschlossenem Deckel an den Aufstellplatz verkehrssicher zurückzustellen.

Dem Auftragnehmer wird empfohlen sich über das Teilgebiet ausreichend zu informieren und sich selbständig über die örtlichen Gegebenheiten ein Bild zu verschaffen.

Bei aktuell 20 Anwesen (Gehöfte und Weiler) in der Stadt Augsburg (im östlichen Teilbereich) ist eine Leerung mit einem Pressmüllfahrzeug nicht möglich. Dies Grundstücke werden mittels Wertstoffsack entsorgt und zur Riedingerstraße 40 verbracht, wo die Wertstoffsäcke in 1.100 l-Behältern eingefüllt werden. Die entsprechende Sammlung dieser Säcke übernimmt der AWS für alle Anwesen in eigener Zuständigkeit. Sie ist daher nicht Gegenstand dieser Ausschreibung. Diese Wertstoffsammelmengen sind allerdings 1 x wöchentlich durch den Auftragnehmer in der Riedingerstraße 40 aus den dort bereit gestellten 1.100 l-Behältern abzuholen/zu leeren.

Bezüglich der prognostizierten Leerungszahlen für die dort ca. 3 bis 4 1.100 l-Behälter wird auf die obigen Ausführungen zu Ziff. II.1.3 verwiesen.

Der Erfassung der Wertstoffsäcke liegt folgendes Prozedere zugrunde: Vereinzelt, auf Antrag und Genehmigung, können sich Haushaltungen von der Entsorgung mittels Abfallbehälter für Wertstoffe freistellen lassen und die Sammlung mit dem Wertstoffsack beantragen. Diese Einzelfälle sind vom Auftraggeber an den Auftragnehmer zu melden und von diesem im Zuge der Tourenplanung ebenfalls zu entsorgen. Haushaltungen können bei Nutzung eines Behälters keine zusätzlichen Säcke nutzen.

Wertstofftonnen, die zur Abfuhrzeit zur Entleerung bereitstanden, aber aus verkehrsbedingten Gründen (Verkehrsbehinderung, Glatteis, Festveranstaltungen etc.) nicht entleert oder bei der Abfuhr übersehen wurden, sind noch am selben Tag nachzufahren und zu entleeren, soweit es die Verhältnisse zulassen. Der Auftraggeber ist hierüber mittels Auslesens und Übermittels des Ident-Chips unter Nutzung der maßgeblichen Soft- und Hardware in Kenntnis zu setzen.

Wenn Objekte nur unter Schwierigkeiten anfahrbar sind, bauliche Maßnahmen an Zufahrten zu bestehenden Objekten die Verkehrssituation dauerhaft verändern oder wenn aus anderen Gründen keine Einigkeit darüber herrscht, wo die Behälter bereitzustellen sind, entscheidet der Auftraggeber im Benehmen mit dem Auftragnehmer für beide Seiten verbindlich über den jeweiligen Aufstellort.

Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer eine Liste mit Grundstücken (ca. 20) zu Verfügung, die vom Auftragnehmer zum Zwecke der Leerung der Wertstofftonnen befahren bzw. betreten werden müssen. Der Auftraggeber holt von den betroffenen Grundstückseigentümern eine Haftungsausschlusserklärung ein. Mit dieser Erklärung wird die Stadt Augsburg und deren zur Müllentsorgung beauftragten Unternehmen (Auftragnehmer) von der Haftung für auftretende Schäden am Fahrbahnbelag sowie am Unterbau der zu befahrenden Flächen freigestellt. Für Rückfragen oder bei Unsicherheiten über das Bestehen einer solchen Haftungsausschlusserklärung kann sich der Auftragnehmer an den Auftraggeber wenden. In Anlage 6 ist ein Muster für die vom Auftraggeber einzuholende Haftungsausschlusserklärung beigelegt.

Der Auftragnehmer hat das Sammelgemisch der Wertstofftonne so zu erfassen und zu transportieren, dass die Sortierfähigkeit der Erfassungsmenge nicht beeinträchtigt wird und das dem Auftraggeber bzw. dessen Beauftragten (Sortiervertragspartner) zugehörige Material kontinuierlich und unberaubt zur Abholung bereitgestellt werden kann. Sofern eine Verdichtung der Erfassungsmenge bei der Erfassung erfolgt, dürfen Raumgewichte von 250 kg/m<sup>3</sup> nicht überschritten werden.

Etwaige Verunreinigungen, welche durch die Leerung verursacht wurden (Verunreinigungen von Straßen, Gehwegen oder Straßenrinnen) umgehend wieder zu beseitigen.



Die Abfallbehälter sind schonend zu behandeln und vollständig zu leeren.

Behälter, die aufgrund von Beschädigungen nicht mehr gefahrlos entleert werden können, und Behälter mit defekten Transpondern sind dem Auftraggeber unverzüglich zu melden. Behälter, die während der Sammeltour beschädigt werden sind dem Auftraggeber ebenfalls unverzüglich zu melden.

Störungen, die dazu führen, dass die Leistungen durch den Auftragnehmer nicht ordnungsgemäß und/oder rechtzeitig erbracht werden können, sind dem Auftraggeber unabhängig von Art und Ursache unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet unverzüglich und auf eigene Kosten Abhilfe zu schaffen, sofern der Grund für die Hinderung in seinem Verantwortungsbereich liegt. Über die betreffenden Maßnahmen ist der Auftraggeber ebenfalls schriftlich und unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

Ein fester Tourenplan wird dem Auftragnehmer vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt. Von einer Abweichung der Tourenplanung ist abzusehen. Sollten Abweichungen in der Tourenplanung notwendig sein, erfolgt dies nur nach Rücksprache und nach Genehmigung durch den Auftraggeber.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Tourenplan, welcher durch den Auftraggeber zur Verfügung gestellt wird, auf eine 4-Tage Woche ausgelegt ist. Sprich die regulären Abfuhrtage sind Montag bis Donnerstag. Fällt der Abfuhrtag auf einen gesetzlichen Feiertag, wird die Abfuhr im Tourenplan auf den folgenden Werktag angesetzt. Nachfolgende Abfuhrtage verschieben sich entsprechend um einen Werktag. Folgen zwei gesetzliche Feiertage aufeinander, wird die Abfuhr, die auf den ersten Feiertag entfallen würde, um einen Tag vorgezogen. Die Abfuhr der davorliegenden Abfuhrtage in der Abfuhrwoche verschieben sich entsprechend. Der Montag wird am Freitag der Vorwoche gefahren. Die Abfahren nach dem zweiten Feiertag verschieben sich entsprechend um einen Tag nach hinten. Feiertagsverschiebungen sind bereits im Tourenplan integriert.

## **1.8 Abfallbehälteridentifikationssystem**

### **1.8.1 Allgemeine Angaben und Anforderungen**

Bei den Abfallbehältern werden die Entleerungsdaten mit einem System zur elektronischen Behälteridentifikation (Identsystem) erfasst. Hinsichtlich

der Anforderungen an das Identsystem sind die einschlägigen Normen, insbesondere die DIN 30745 (Elektronische Identifikation von Abfallsammelbehältern durch Transpondertechnologie mit Frequenzen unter 135 kHz) und die DIN EN 14803 (Identifikation und/oder Mengenbestimmung von Abfall) zu beachten.

Alle betreffenden Abfallbehälter sind mit Transpondern ausgerüstet und mit dauerhaften Etiketten gekennzeichnet. Über Transponder und Etiketten (Barcode-Aufkleber) sind die Abfallbehälter den Standorten/Kunden eindeutig zugeordnet.

Die einzusetzenden Entsorgungsfahrzeuge sind mit entsprechenden Leseeinrichtungen zur Identifikation auszustatten. Der Auftragnehmer rüstet seine Fahrzeuge für eine einwandfreie Identifikation der Abfallbehälter aus.

An allen Fahrzeugen sind die technischen Voraussetzungen dahingehend zu schaffen, dass alle zu sperrenden („Schwarze Liste“) auf den einzelnen Fahrzeugen als vollständige Datensätze zur Verfügung stehen. Es ist eine arbeitstägliche Aktualisierung der Datenbestände in den Bordcomputern der Sammelfahrzeuge vorzunehmen.

Beim Versuch, Behälter ohne Transponder, Behälter mit defekten Transpondern oder Behälter mit Transponder aus der „Schwarzen Liste“ zu schütten muss eine Unterbrechung bzw. Verhinderung des Schüttungsvorganges erfolgen können („Schüttsperrung“). Derartige Behälter sind ggf. mit einem Aufkleber zu versehen. Der genaue Text für die Aufkleber wird vom Auftraggeber vorgegeben. Die Vorgehensweise bei Fehlbereitstellungen und Fehlbefüllungen wird durch den Auftraggeber vorgegeben und ggf. bedarfsgerecht angepasst (vgl. dazu auch Ausführungen zu Ziff. II.1.11).

Weiterhin sind diese Ereignisse mit einem Datensatz (ein Identifizierungsmerkmal sowie Datum und Uhrzeit des Ereignisses) zu speichern, sodass diese Vorgänge vom Auftraggeber ausgewertet werden können. Die Art und Weise, diese Vorgabe zu realisieren, ist Sache des Auftragnehmers. Die hierfür vorgesehene Lösung ist im Konzept, das dem Angebotsformular beigelegt werden kann, zu beschreiben.

Der Auftraggeber setzt als Softwaresystem die ATHOS NewLine V9 i. V. m. c-trace-RFID-Chips in den Behältern ein.

Mehrfaches Anschlagen der Behälter über die Schüttungsvorrichtung oder mehrfache, unmittelbar aufeinander folgende Kippversuche dürfen nicht zu einer Mehrfachzählung führen.

Die Behälter des Auftraggebers sind pfleglich zu behandeln. Dies schließt das Vermeiden von Beschädigungen an Deckeln und das Hineinfallen von Behältern in die Schüttung ein. Daher ist die Schüttung so einzustellen, dass ein Verlust von Behälter unter 9 je 1.000 p.a. liegen muss. Wird dieser Wert überschritten, ist der Auftragnehmer zum Ausgleich der hierdurch entstehenden Schäden verpflichtet.

### **1.8.2 Anforderungen an die Fahrzeugausrüstung**

Die Fahrzeugausrüstung der vom Auftragnehmer eingesetzten Fahrzeuge umfasst grundsätzlich:

- ein Telematiksystem,
- die Bedieneinheit (Bordcomputer) im Führerhaus oder an der Schüttung,
- die Identifizierungseinheit an der Schüttung,
- geeignete Übertragungsmöglichkeiten aus dem Fahrzeug direkt zum Auftraggeber über eine entsprechende Telekommunikationseinrichtung (z. B. Datenfunk, GPRS o. ä.) sowie Speichermöglichkeiten für die Leerungsdaten und die Behälterlisten (Schwarze Liste / Weiße Liste) sowie Sonderereignisse auf dem Fahrzeug.

Das System muss weitgehend vollautomatisch und ohne zusätzliche Bedieneingaben arbeiten können. Bedienhandlungen sind auf ein Minimum zu reduzieren.

Die Bedieneinheit (Bordcomputer) hat folgende Anforderungen zu erfüllen:

- Sämtliche Behälterleerungen sind über das vom Auftragnehmer bereitzustellende Behälteridentifikationssystem elektronisch zu erfassen und im Sammelfahrzeug auf Datenträgern zu speichern (Bordcomputer);
- Behälterbezogene Eingabemöglichkeit sowie datenseitige Registrierung von insgesamt mindestens 8 Verhinderungsgründen (z. B. Behälter zu schwer, Inhalt angefroren usw.), die Verhinderungsgründe (Textauswahl) legt der Auftragsgeber fest;
- Anzeige über das Auslösen der Schüttungssperre und den Sperrgrund;
- Anzeige von eventuellen Störungen, Fehlermeldungen;
- Geopositionsdatenerfassung in vom Auftraggeber frei festzulegenden Zeitintervallen sowie beim Schüttvorgang (bei Behälterabfuhr mit Zuordnung zum geleerten Behälter) und bei der Auftragsrückmeldung. Aufzeichnung und geeignete (orts- und zeitbezogene) Auswertmöglichkeit der gefahrenen Tour;
- komfortable Eingabemöglichkeiten über mechanische Tastatur und Touchscreen.

Die Entsorgungsfahrzeuge für die Behälterabfuhr müssen mit Ident-Technologie zur Erfassung und Speicherung der Leerungsdaten ausgestattet sein. Hierzu gehören insbesondere Leseinheit und Speicherkomponenten. Der Auftragnehmer rüstet seine Fahrzeuge für eine einwandfreie Identifikation der Abfallbehälter aus.

Die Identifizierungseinheit an der Schüttung hat folgende Anforderungen zu erfüllen:

- Mehrfachentleerungen durch Nachschlagen oder Mehrfachkippen bei Einfrierungen dürfen nicht zu einer Mehrfachzählung führen. Für mehrfach befüllte Behälter muss aber eine Mehrfachzählung möglich sein;
- bei Behältern ohne oder mit defekten Transpondern sowie bei Behältern mit Transpondern, die für eine Leerung gesperrt wurden („Schwarze Liste“) hat die automatische Schüttsperrre auszulösen; die Schüttsperrre muss jedoch manuell abschaltbar sein, so dass derartige Behälter trotzdem geleert werden können;

- die Identifikation eines Behälters ist an der jeweiligen Schüttungsseite optisch anzuzeigen;
- die Behälter müssen links- und rechtsbündig hängend zuverlässig erkannt werden;
- Für die Identifizierungseinheit an der Schüttung wird eine Mindesterkennungsrate der Transponder von 99,8 % gefordert.

Die vom Identsystem der Fahrzeuge direkt zur Zentrale des Auftraggebers zu übertragenden Daten (Leerungsdaten usw.) müssen in vom Auftraggeber frei festzulegenden Zeitintervallen zyklisch übermittelt werden.

Die am Fahrzeug vom Bordrechner des Identsystems erzeugten Daten (Leerungsdaten, Sonderereignisse, Geopositionsdaten) müssen innerhalb der auf den Abfuhrtag folgenden 30 Arbeitstagen im Fahrzeug gespeichert bleiben und bei Bedarf erneut abrufbar sein.

Eine ausführliche Bedienungsanleitung sowie eine Kurzdokumentation zur Fahrzeugausrüstung ist dem Auftraggeber spätestens bei Leistungsbeginn für jedes Fahrzeug (jeweils in deutscher Sprache) zu übergeben. Die Dokumentation ist bei entsprechenden Änderungen fortzuschreiben und dem jeweiligen Auftraggeber zeitnah in aktualisierter Form zu übergeben.

Das Identsystem muss unempfindlich gegenüber den üblichen Witterungsbedingungen, Einstrahlungen aus anderen elektrischen Geräten oder Fahrleitungen, Energieversorgungsanlagen usw. sein. Der Einsatztemperaturbereich für Fahrzeugausrüstungen und Transponder von -25 bis 50°C gilt als Mindestbedingung. Erschütterungen am Fahrzeug, Spannungsänderungen oder Spannungsausfall dürfen nicht zum Datenverlust führen.

## **1.9 Datenübertragung**

Die Leerungsdaten sind durch den Auftragnehmer direkt aus dem Fahrzeug in vom Auftraggeber festgelegten Zeitintervallen zyklisch in das EDV-System des Auftraggebers zu übertragen.

Es werden folgende Daten vom Auftragnehmer zum Auftraggeber übertragen (und dabei ist zu beachten):

- Es ist sicherzustellen, dass bei der Übertragung verloren gegangene Datensätze wiederhergestellt oder nochmals abgerufen werden können. Dazu müssen die Daten von mindestens 30 Tagen im Bordcomputer des Sammelfahrzeugs gespeichert werden und erneut abgerufen werden können;
- Leerungsdaten (Tour-Nummer, Fahrzeugkennzeichen, Transpondernummer, Datum, Uhrzeit und Geo-Positionen der Leerungen, Geo-Positionen des Fahrzeugs);
- Telematikdaten aus den Fahrzeugen;
- Sonderdatensätze über die Auslösung der Schüttungssperre;
- Sonderdatensätze über Eingaben am Schüttungsterminal oder am Bordcomputer, z. B. zu besonderen Vorkommnissen bei der Abfuhr;
- Auftragsquittierungen (Sonderleerungen usw.);
- Reklamationen.

Es werden folgende Daten vom Auftraggeber zum Auftragnehmer übertragen:

- die aktuelle „Schwarze Liste“;
- Aufträge zu Sonderleerungen;
- Reklamationen.

### **1.10 Behälteränderungsdienst**

Die Behälter sind Eigentum des Auftraggebers. Den Behälteränderungsdienst übernimmt vollumfänglich der Auftraggeber, d. h. Behältertausch aufgrund Größe, Defekt, Neubestellungen, Abzüge werden vom Auftraggeber übernommen.

Seitens des Auftragnehmers sind lediglich Informationen an den Auftraggeber zu übermitteln, insofern auf seiner Tour Vorkommnisse (Behälterverlust im Fahrzeug, Beschädigung durch Auftragnehmer) entstehen die den Behälteränderungsdienst bedürfen.

Der folgende Prozess des Behälteränderungsdienstes sieht wie folgt aus:



### 1.11 Verhalten bei Fehlleerungen

Eine Garantie für eine vollständig satzungsgemäße und sortenreine Bereitstellung und Überlassung kann vom Auftraggeber nicht übernommen werden.

Folgende Gründe kann es für Fehlleerungen geben:

- Straße ist zugeparkt und Grundstück kann nicht angefahren werden;
- Grundstück kann wegen einer Baustelle nicht angefahren werden;
- Behälter ist überfüllt und Deckel nicht geschlossen;
- Falsche Befüllung des Behälters;
- Eingefrorener Inhalt des Behälters;
- Verschlossener Behälter;
- Defekter Behälter;
- Unangemeldeter Behälter;
- Behälter ist in die Schüttung gefallen.

Der Auftragnehmer hat folgenden Prozess zu befolgen:



Nachdem die Fehlermeldung in Athos übernommen wurde, müssen weitere Schritte eingeleitet werden (Ersatzleerung planen, Tonnentausch durchführen, Bürger ggf. informieren über weitere Leerung usw.).

Zur Sicherstellung einer möglichst hohen Qualität der erfassten Mengen, dürfen offensichtlich fehlerbehaftete Behälter nicht geleert werden. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn das Gewicht des befüllten Behälters von typischen Durch-

schnittsgewichten nicht nur unerheblich abweicht oder eine oberflächliche Sichtprüfung durch Öffnen des Deckels offensichtliche Fehlbefüllungen offenbart. Diese Sichtprüfung sind fotografisch zu dokumentieren und im Rahmen der Beschwerde softwaregeschützt an den Auftraggeber zu übermitteln.

Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer Anhängezettel für Fehlleerungen zur Verfügung. Die verwendeten Anhängezettel sind für ein Jahr aufzubewahren.

Eine Vorlage der Anhängezettel befindet sich als Anlage 5 zu diesen Vergabeunterlagen.



## 1.12 Umschlagplatz

Der Umschlagplatz hat sich im Radius von 20 Kilometer von der Mitte des Vertragsgebietes (Blücherstraße 124, 861865 Augsburg), für welches der öRE im Gebietsteilungsmodell zuständig ist, befinden. Eine Karte, die den für die Einrichtung der Übergabestelle zulässigen Bereich aufzeigt, findet sich als Anlage 4 zu diesen Vergabeunterlagen. Der Nachweis wird erbracht durch einen Routenachweis eines einschlägigen Routenplaners für die Strecke Umschlagplatz bis Blücherstraße 124.

Der Auftragnehmer stellt das von ihm erfasste Sammelgemisch kontinuierlich an einem von ihm vorzuhaltenden Umschlagplatz bereit.

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den Ort (postalische Anschrift) des Umschlagplatzes sowie Name, Telefon, Fax und E-Mailadresse des am Umschlagplatz Verantwortlichen sowie des für das Meldewesen bzw. die Abholanmeldung zuständigen Ansprechpartners mitzuteilen.

Ein Wechsel des Umschlagplatzes nach diesem Zeitpunkt ist nur mit Zustimmung des Auftraggebers möglich.

Der Auftragnehmer hat den Umschlagplatz so zu betreiben, dass ein Befüllen von Schubbodenfahrzeugen sowie von Abrollcontainern mit einem Ladevolumen möglich und dabei eine Verdichtung des Materials im Abrollcontainer bzw. Schubbodenfahrzeugen auf Raumgewichte von im Einzelfall min. 110 kg/m<sup>3</sup> und max. 160 kg/m<sup>3</sup> bei in jedem Fall vollständiger räumlicher Auslastung des Fahrzeuges sichergestellt ist. Die Mindestauslastung sollte bei einem je 40 m<sup>3</sup> Abrollerzug bei 8,0 t und bei einem Schubbodenfahrzeug bei 9,5 t liegen. Sofern der Auftragnehmer am Umschlagplatz Container aufstellt, hat der Umschlagplatz die Erfassungsmenge in die bereitgestellten Abrollcontainer umzuschlagen. Der Einsatz von Ballen- oder Schneckenpressen ist unzulässig.

In diesen Fällen muss das Befüllen von Behältern/Fahrzeugen mit einer Ladekante von 4,00 m möglich sein. Es muss ausreichend Raum für die Anlieferung, die Lagerung, den Umschlag und die Abholung vorhanden sein. Die Beladetechnik ist derart zu dimensionieren, dass – bezogen auf den reinen Verladevorgang – mindestens 90 m<sup>3</sup> Sammelgemisch aus LVP und sNVP pro 45 Minuten aufgeladen werden können.

Sofern der Auftraggeber bzw. dessen Beauftragten (Sortiervertragspartner) am Umschlagplatz Container aufstellt, hat der Auftragnehmer die Erfassungsmenge in die bereitgestellten Abrollcontainer umzuschlagen. Der Einsatz von Ballen- oder Schneckenpressen ist unzulässig.

Sofern der Auftraggeber bzw. dessen Beauftragter (Sortiervertragspartner) die Übernahmemenge am Umschlagplatz mit Schubboden-LKW oder Sattelkipper abholt, hat der Auftragnehmer den Anteil des Auftraggebers von der Sammelmenge zu separieren und auf dem Platz gesondert vorzuhalten. Die Lagerfläche ist zu befestigen und so anzulegen, dass ein Störstoffeintrag vermieden wird.

Die Wahl der Abholart (z. B. Container, Schubbodenfahrzeug) ist dem Auftraggeber bzw. ihren Beauftragten Sortiervertragspartner vorbehalten und kann jederzeit geändert werden.

Der Auftragnehmer zeigt dem Auftraggeber bzw. dessen beauftragten Sortiervertragspartner entweder die vollständige Befüllung von mindestens 2 Abrollcontainern oder das Erreichen von mindestens 110 m<sup>3</sup> Abholmenge durch die Anmeldung abzuholender Ladungen an. Je Schubboden-LKW oder Sattelkipper bzw. je Containerzug ist eine Ladung zur Abholung anzumelden (der Übermittlungsweg wird im Nachgang zur Ausschreibung festgelegt, wenn der Bieter für die Sortierung der Wertstofftonne (Sortiervertragspartner) ebenfalls feststeht). Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin/ dem beauftragten Sortiervertragspartner die Abholung der befüllten Abrollcontainer/ der Abholmenge montags bis freitags zwischen 07:00 und 17:00 Uhr zu ermöglichen. Die letzte Einfahrt kann bis 16:00 Uhr erfolgen.

Die befüllten Behälter/die Abholmenge sind innerhalb von drei Werktagen vom Auftraggeber bzw. von dessen beauftragtem Sortiervertragspartner abzuholen.

Die angemeldete Ladung ist vom Auftragnehmer unverzüglich nach Ankunft des von der Auftraggeberin/dem beauftragten Speditionsfahrzeug aufzuladen. Bereitgestellte Container sind zur sofortigen Abholung zugänglich zu halten.

Sofern der Auftragnehmer nicht die durch die Abholanmeldung angezeigte Abholmenge oder nicht die angezeigte Anzahl von vollständig befüllten Abrollcontainern bereitstellt oder nicht unverzüglich auflädt, hat er gegenüber dem Auftraggeber die hierdurch etwaig entstehenden Kosten zu tragen.

Sollten an einem Umschlagplatz im Rahmen der vertraglichen Regelungen Erfassungsmengen aus anderen Vertragsgebieten umgeschlagen/gelagert werden, so darf keine Vermischung der Mengen mehrerer Vertragsgebiete erfolgen.

Abweichende Übergabemodalitäten können zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber vereinbart werden.

Die Abholungen des Sammelgemisches durch den Auftraggeber bzw. dessen Beauftragten (Sortiervertragspartner) ist auf einer geeichten Waage im Eingang- und Ausgang zu Verwiegen.

Die wöchentlichen Ein- und Ausgangsverwiegungen/ Wiegescheine am Umschlagplatz sind dem Auftraggeber kostenlos zur Verfügung stellen. Die Übergabe erfolgt immer montags für die vergangene Woche. Die Übergabe soll elektronisch an den Auftraggeber erfolgen (Einzelheiten hierzu werden im Vergabegespräch geregelt). Ebenso sind die monatlichen Lagerbestände am Umschlagplatz nachzuweisen und zu übermitteln. Die Nachweise für die Lagerbestände sind innerhalb der ersten fünf Werktage des Folgemonats zu erbringen.

### **1.13 Verwiegung und Dokumentation**

Gemäß der „Prüfleitlinien Mengenstromnachweis Systeme“ zur Prüfung der Erfüllung der Nachweispflichten der Systeme im Rahmen des Mengenstromnachweises gem. § 17 Abs. 2 VerpackG (PLL) der Stiftung Zentrale Stelle Verpackungsregister sind die Wiegescheine die wesentlichen Belege für den Nachweis, dass die Anforderungen des Verpackungsgesetzes erfüllt wurden.

Grundsätzlich sind gem. Ziff. 8.1 der PLL jeweils Input und Output einer Anlage anhand von Wiegescheinen zu belegen. Sofern im Einzelfall für einen Transport nur ein Wiegeschein vorliegt, muss der konkrete Transport zwischen den Anlagen über aussagekräftige weitere Belege nachgewiesen werden (z. B. quittierte

Transportpapiere/ Lieferscheine). Wiegescheine sind auf geeichten LKW-Waagen zu erstellen. Dieses gilt unabhängig davon, ob die Waage im Eigentum des Anlagenbetreibers oder eines Dritten ist.

Für die einzelnen Mengenbewegungen müssen daher folgende Anforderungen erfüllt werden:

- Alle Erfassungsmengen sind mit Eingang in die erste Anlage zu verwiegen. Dieses gilt auch für Umschlaganlagen. Eine Umschlaganlage wird wie folgt definiert:

*„Eine Umschlaganlage ist eine Anlage in der der Erfassungs-Vertragspartner/ Auftragnehmer seine Sammelmengen aus einem Vertragsgebiet zusammenführt und anschließend dem Auftraggeber bzw. Dessen beauftragten Sortiervertragspartner zur Abholung bereitstellt. Eine Umschlaganlage kann hierbei sowohl ausschließlich für den Umschlag von Sammelmengen bestimmt sein, als auch auf dem Gelände einer anderen Anlage (z.B. Sortieranlage) eingerichtet sein.“*

Die Wiegescheine müssen deutlich, leserlich, unverwischbar und dauerhaft sein und folgende Daten enthalten:

- Die Bezeichnung des Auftraggebers (AWS Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt Augsburg);
- Die Firma und Anschrift des beauftragten Entsorgungsunternehmens (Erläuterung: dieses kann z. B. die Anlage sein, an der die Verwiegung durchgeführt wird oder bei Fremdverwiegungen derjenige, für den die Verwiegung durchgeführt wird;
- Die Angabe der Masse der Abfälle unter Angabe des Abfallschlüssels nach Abfallverzeichnisverordnung und der Abfallbezeichnung (die Abfallbezeichnung entspricht der eindeutigen Fraktionsbezeichnung der Systeme mit Angabe der Artikelnummer – für den Input ist dies „Fraktion 680 LVP + sNVP“);
- Eine eindeutige Zuordnung zu Systemmengen;
- Eine eindeutige Belegnummer (Wiegescheinnummer);
- Das Datum und die Uhrzeit der Verwiegungen;
- Datum des Wiegescheins;

- LKW-Kennzeichen;
- Brutto-, Netto- und Tara-Gewicht;
- Die jeweils eindeutige Kennzeichnung für Handeingaben/gespeicherte Gewichte;
- Bei Fremdverwiegung: Firma/Anlage, bei der die Menge gewogen wurde;
- Bei allen Anlagen, die Mengen direkt aus der Sammlung erhalten, ist das Vertragsgebiet (Stadt Augsburg BY033) auf dem Wiegebeleg aufzuführen;
- Bei allen Umschlaganlagen, Sortieranlagen, Veredlern, Lager und Letztempfängern, die Materialien aus anderen Anlagen erhalten haben, ist die Senderanlage (Firma, Anschrift) auf den Wiegescheinen aufzuführen. Es genügt nicht, dass ein Händler angegeben wird;
- Auf allen Wiegescheinen ist das verwogene Material eindeutig zu kennzeichnen. Dabei genügt es nicht, nur die Materialgruppe anzugeben (z. B. Kunststoffe), sondern es muss entsprechend der von der Auftraggeberin vorgegebenen Fraktionsbezeichnungen/ Fraktionsnummern gekennzeichnet werden. Für den Auftragnehmer als Erfassungspartner ist dies in diesem Fall die Bezeichnung für den Input „Fraktion 680 LVP + sNVP“. Alle Wiegescheine müssen vom Wäger und vom Fahrer unterschrieben werden. Bei vollautomatischen Waagen muss ein fälschungssicheres Codesystem genutzt werden.

#### **1.14 Reklamationsmanagement des Auftragnehmers**

Reklamationen von den Anfallstellen, die beim Auftraggeber eingehen, werden über die Software dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellt. Reklamationen, die beim Auftragnehmer eingehen, müssen unverzüglich bis spätestens 12:00 Uhr des folgenden Werktages (Montag bis Freitag) beim Auftraggeber gemeldet werden.

## **2. Ergänzende Hinweise zu Leistungen und Pflichten des Auftraggebers**

Zentrale Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger ist der Auftraggeber. Dieser übernimmt die Service- und Verwaltungsfunktion. Die Kunden-, Objekt- und Behälterverwaltung erfolgt ebenfalls über die Softwaremodule eines Programmsystems (ATHOS NewLine), die Verwaltung des Identsystems durch ATHOS Logichip durch den Auftraggeber. Für die Laufzeit des Vertrages benennt der Auftraggeber einen verantwortlichen Ansprechpartner (s.a. § 8 Besondere Vertragsbedingungen, Kapitel IV.). Der Auftraggeber trägt im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu bei, dass die entsprechend zugelassenen Behälter von den Anschlusspflichtigen rechtzeitig und sichtbar

zur Einsammlung gemäß den satzungsrechtlich relevanten Vorgaben bereitgestellt werden. Zusätzlich unterstützt der Auftraggeber im Rahmen seiner Möglichkeiten den Auftragnehmer, dass die zu übernehmenden Abfälle möglichst satzungsgemäß und sortenrein bereitgestellt werden.

### **3. Ergänzende Hinweise zu Leistungen und Pflichten des Auftragnehmers**

#### **3.1 Kommunikation und allgemeine Informationspflicht**

Der Auftragnehmer unterliegt nach näherer Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen (Kap. IV, dort insb. § 19) einer umfassenden Informationspflicht.

Nach Maßgabe von § 8 Besondere Vertragsbedingungen (Kap. IV) benennen die Vertragsparteien Bevollmächtigte, die zur Abgabe und Entgegennahme verbindlicher Erklärungen befugt sind. Spätestens vier Wochen vor Leistungsbeginn wird dieser vom Auftragnehmer benannt. Mindestens einmal jährlich findet eine Besprechung bezüglich der Problem- und Verbesserungsmöglichkeiten der Leistungserbringung statt. Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber bei der Umsetzung seines Abfallwirtschaftskonzepts. Grundsätzlich ist eine geringstmögliche Beeinträchtigung der Umwelt sicherzustellen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber über alle für die Erfüllung des Vertrages wesentlichen Umstände wie z. B. technische und sonstige Störungen, Unfälle usw. unverzüglich zu informieren. Der Auftragnehmer hat insbesondere Unfälle, bei denen Personen- oder Sachschäden entstanden sind, unverzüglich mündlich und innerhalb von zwei Werktagen noch einmal schriftlich mitzuteilen.

#### **3.2 Leistungsstörungen und Informationspflicht**

Störungen, die dazu führen, dass die Leistungen durch den Auftragnehmer nicht ordnungsgemäß und/ oder rechtzeitig erbracht werden können, sind dem Auftraggeber unabhängig von Art und Ursache unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen (s.a. § 7 Abs. 1 Besondere Vertragsbedingungen, Kap. IV.). Der Auftragnehmer ist verpflichtet, unverzüglich und auf eigene Kosten Abhilfe zu schaffen, sofern der Grund für die Hinderung in seinem Verantwortungsbereich liegt. Über die betreffenden Maßnahmen ist der Auftraggeber ebenfalls unverzüglich in Kenntnis zu setzen (näheres hierzu in den Besonderen Vertragsbedingungen, Kap. IV, dort insb. § 7 Abs. 2).

Im Falle einer Leistungsstörung oder einer Leistungsversagung ist der Auftraggeber zu informieren. Der Auftraggeber trägt Sorge dafür, die hiervon betroffenen Bürger (Nutzer der Abfallentsorgung/ Anschlussnehmer) über die Ursachen der Störung in Kenntnis zu setzen.

### **3.3 Kontrollrecht und Weisungsbefugnis**

Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber und einem von ihm beauftragten Dritten ein Kontrollrecht bzgl. der ordnungsgemäßen Leistungserbringung ein (vgl. hierzu auch die Besonderen Vertragsbedingungen, Kap. IV, dort insb. § 19 Abs. 4 und 6). Dem Auftraggeber und dem von ihm beauftragten Dritten ist es zu diesem Zweck gestattet, die Grundstücke und Anlagen des Auftragnehmers und ggf. seiner Unterauftragnehmer zu betreten und zu besichtigen. Der Auftragnehmer wird einem Auftraggeber auf Anfrage alle Auskünfte erteilen, die mit der Erfüllung dieses Vertrages im Zusammenhang stehen. Dabei ist dem Auftragnehmer auch Einsicht in Dokumente im Zusammenhang mit der Leistungserbringung zu gewähren. Dazu zählen auch das Betriebstagebuch, Mengenaufzeichnungen sowie Nachweise.

Der Auftraggeber darf dem Auftragnehmer im Rahmen dieses Vertrages die notwendigen Weisungen erteilen (vgl. hierzu auch die Besonderen Vertragsbedingungen, Kap. IV, dort insb. § 7 Abs. 2). Die Anweisungen dürfen für die Auftragnehmer nicht unzumutbar sein. Werden Anordnungen mit fortdauernder Wirkung getroffen, so sind diese schriftlich festzulegen. Bei Eilbedürftigkeit reicht zunächst eine mündliche Anordnung aus. Diese ist jedoch innerhalb einer Woche schriftlich zu bestätigen.

### **3.4 Loyalitätspflichten**

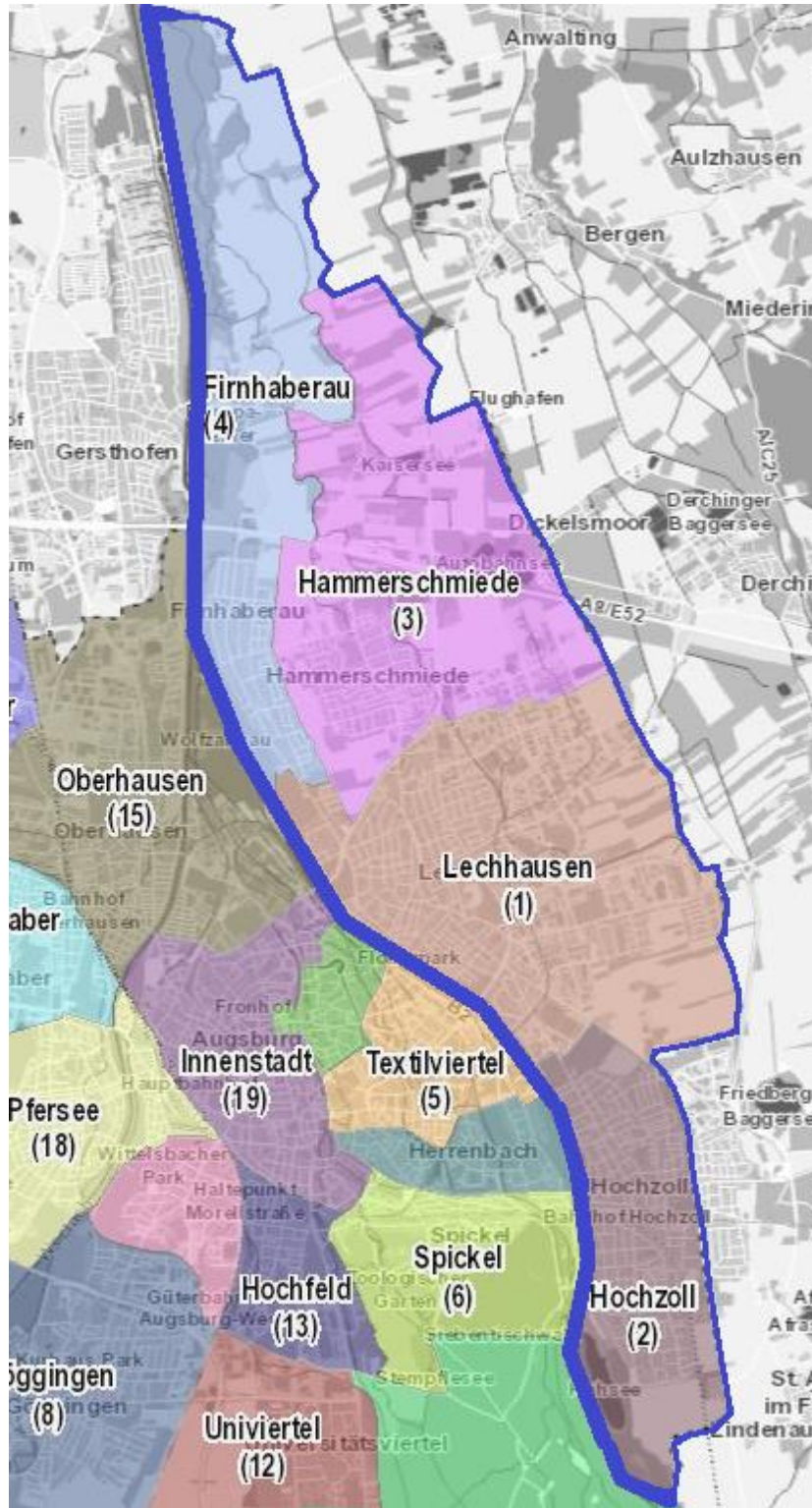
Die Vertragspartner verpflichten sich zur kooperativen Zusammenarbeit (vgl. hierzu auch die Besonderen Vertragsbedingungen, Kap. IV, dort insb. § 8). Veröffentlichungen in öffentlich zugänglichen Medien über die vertragsgegenständlichen Leistungen sind nur durch den Auftraggeber möglich.





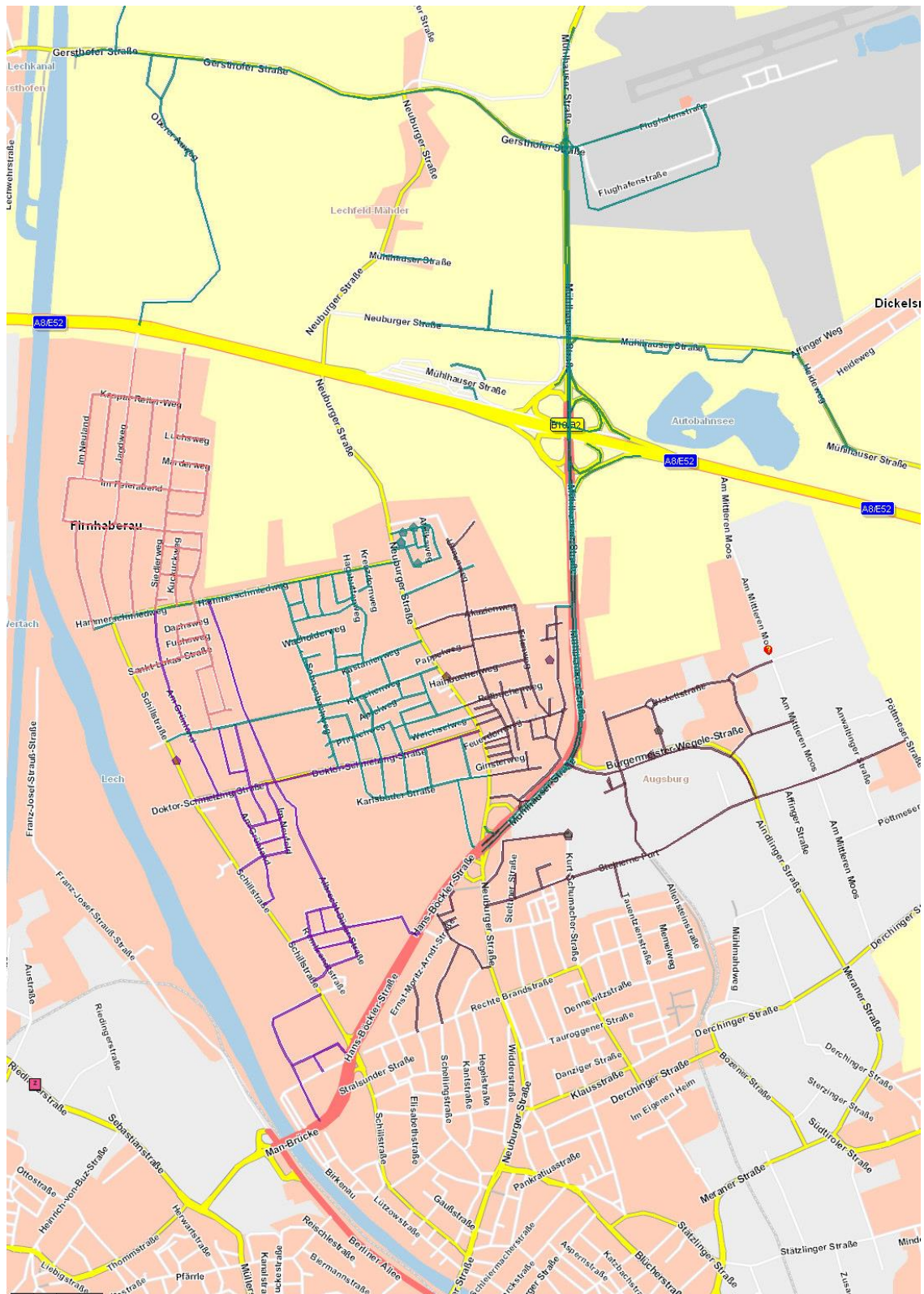
# **Anlage 1) Stadtplan Augsburg östlich des Lechs**

Die blau umrandeten Stadtgebiete (Firnhaberau, Hammerschmiede, Lechhausen und Hochzoll) sind die Ausschreibungsgebiete:



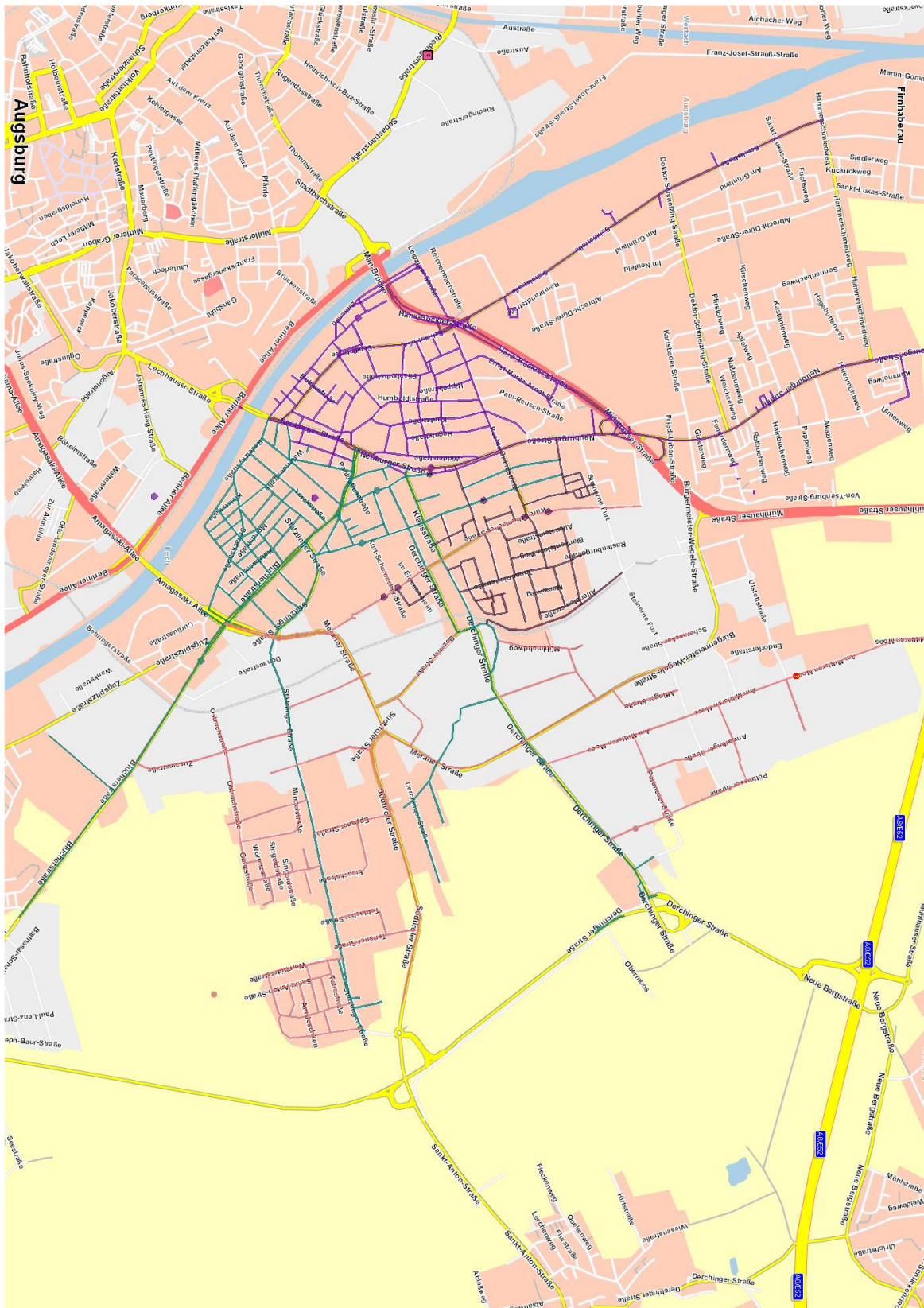
**Quelle:** Geoportal Stadt Augsburg; Geobasisdaten: Bayerische Vermessungsverwaltung

## Anlage 2) Gebietskartierung mit Markierung der Straßenabschnitte Firnhaberau und Hammerschmiede:



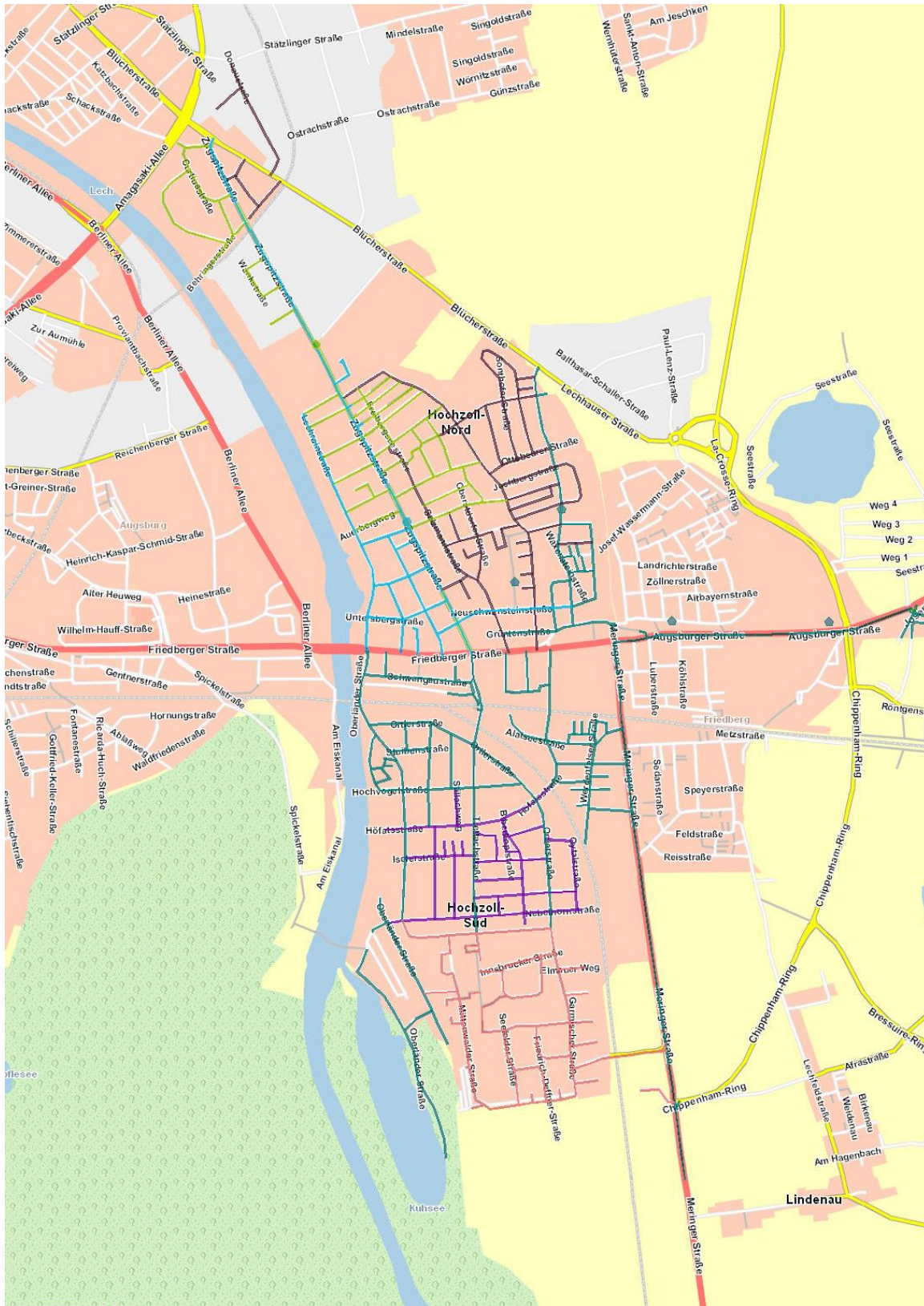


## Lechhausen: (Querformat)





## Hochzell:



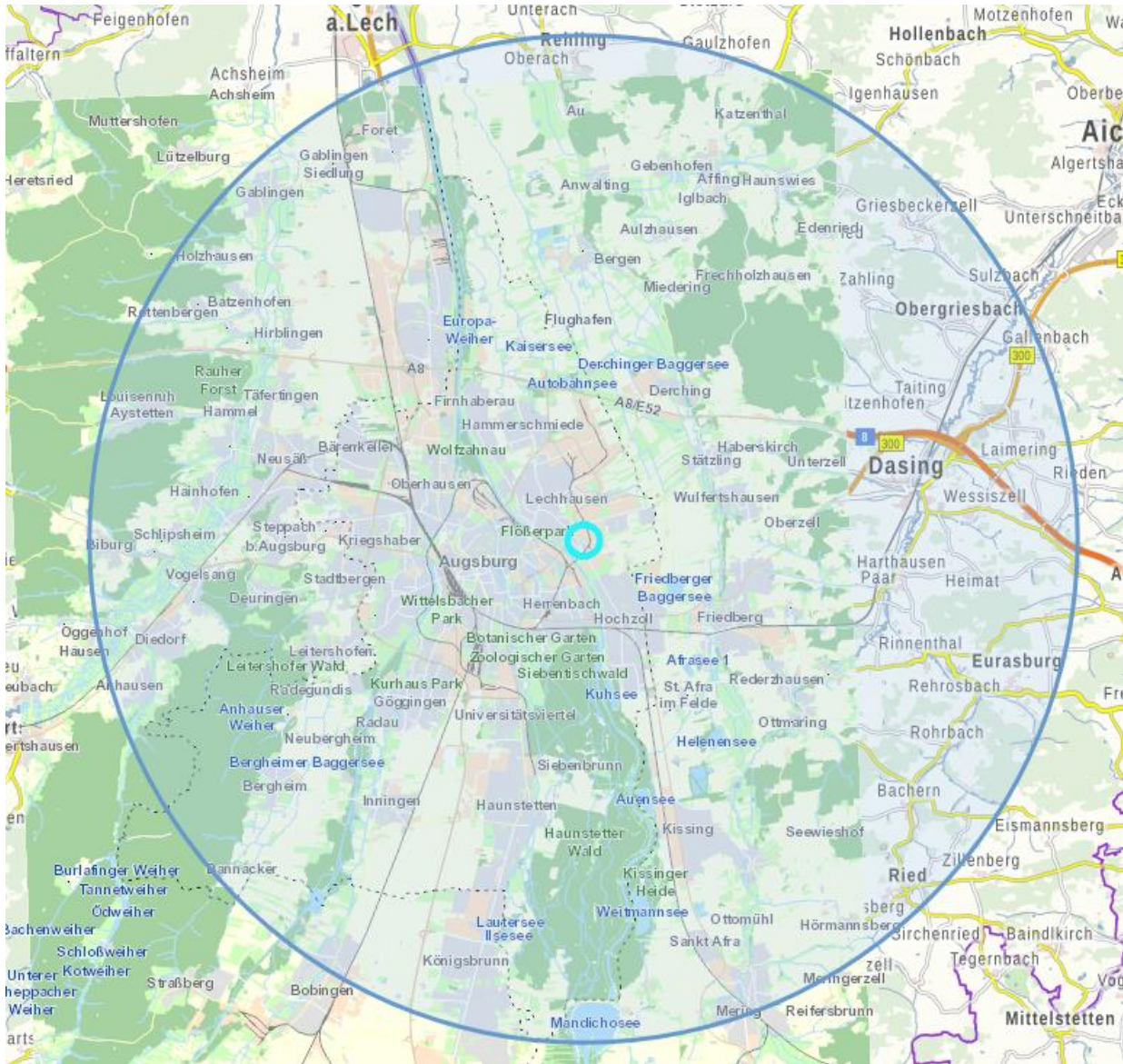
### **Anlage 3)** Liste der nicht mit Müllwägen anfahrbaren Grundstücke

Hier findet keine Leerung durch Auftragsnehmer statt. Lediglich die gelben Säcke müssen einmal wöchentlich beim Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb (Riedingerstraße 40, Augsburg) abgeholt werden.

<b>Straße</b>	<b>Hausnummer</b>	<b>PLZ</b>	<b>Anzahl gelbe Säcke</b>
Blücherstraße	185 G	86165	
Derchinger Straße	200 D	86165	
Derchinger Straße	202 B	86165	
Gersthofer Straße	29 A	86169	
Hammerschmiedweg	24 B	86169	
Hammerschmiedweg	36 A	86169	
Neuburger Straße	381 B	86169	
Neuburger Straße	381 C	86169	
Neuburger Straße	383 E	86169	
Neuburger Straße	399 B	86169	
Neuburger Straße	409 C	86169	
Neuburger Straße	527 A	86169	
Neuburger Straße	561	86169	
Unterer Auweg	10 B	86169	
Waldhaus	1, 1 A	86169	
Waldhaus	2	86169	
Waldhaus	2 A	86169	
Waldhaus	3	86169	
Waldhaus	6	86169	
Waldhaus	7	86169	




**Anlage 4) Karte zur Orientierung für Umschlagplatz (mit Umkreis von ca. 20 Kilometer um Blücherstraße 124, 86165 Augsburg)**



**Quelle:** Geoportal Stadt Augsburg; Geobasisdaten: Bayerische Vermessungsverwaltung

## Anlage 5) Anhängenzettel für die Tonnen bei Fehlleerungen



Umwelt. Bewusst. Sein.

●
Abschnitt zur internen Verwendung.
●

**Tonne**

☐ Grau    ☐ Braun    ☐ Grün    ☐ Sonngelb  
☐ 120l    ☐ 240l    ☐ 770l    ☐ 1100l

**Grund (Probleme mit der Straße)**

☐ zugeparkt, Kfz-Kennzeichen   
☐ Baustelle

**Grund (Probleme mit der Tonne)**

☐ überfüllt  
☐ falsch befüllt  
☐ eingefroren  
☐ verschlossen  
☐ defekt, Schadensart   
☐ nicht angemeldet  
☐ in das Entsorgungsfahrzeug gefallen  
☐ Sonstiges   
☐ Abfallbehälter mit Straße und Hausnummer beschriften  
☐ nicht bereitgestellt

**Adresse**

Straße, Nr.

Datum  Uhrzeit


Partie

**Tonne**


☐ Grau    ☐ Braun    ☐ Grün    ☐ Sonngelb

**Leider konnten wir Ihre Tonne heute nicht leeren:**

☐ Die Straße war zugeparkt und wir konnten Ihr Grundstück nicht anfahren.  
☐ Wir konnten wegen einer Baustelle Ihr Grundstück nicht anfahren.  
☐ Ihr Behälter ist überfüllt und der Deckel nicht geschlossen.  
☐ Ihr Behälter ist falsch befüllt.  
☐ Der Inhalt Ihres Behälters war eingefroren.  
☐ Ihr Behälter war verschlossen.  
☐ Ihr Behälter ist defekt.  
☐ Ihr Behälter ist nicht angemeldet.  
☐ Ihr Behälter ist in das Entsorgungsfahrzeug gefallen. Nachlieferung folgt.  
☐ Sonstiges   
☐ Bitte beschriften Sie Ihren Abfallbehälter mit Straße und Hausnummer.



Ihre Fragen beantworten wir gerne ab dem nächsten Arbeitstag.

 Ihr AWS-Team

Riedingerstraße 40, 86153 Augsburg  
 Tel: 0821 324 4884, Fax: 0821 324 4864  
 kundenservice.aws@augsbuurg.de  
 www.aws-augsbuurg.de

Sie erreichen unser Kundencenter:  
 Montag – Mittwoch 7.30 – 16.30 Uhr  
 Donnerstag 7.30 – 17.30 Uhr  
 Freitag 7.30 – 12.00 Uhr

ABFALLWIRTSCHAFTS- UND STADTREINIGUNGSBETRIEB DER STADT AUGSBURG

## Anlage 6) Haftungsausschlusserklärung

.....  
Name, Vorname (Firma)

.....  
Datum

.....  
Straße, Hausnr.

.....  
PLZ, Ort

### Antrag auf Befahren von Privatgrund durch Entsorgungsfahrzeuge – Haftungsausschlusserklärung

hier:

.....  
.....  
.....  
(Bezeichnung des Privatgrundes, Flur-Nr.)

Von dem (den) Unterzeichner(n) wird gewünscht, dass die im Betreff genannte Privatfläche zum Zwecke der **Müllentsorgung** befahren wird.

Den Entsorgungsfahrzeugen der Stadt Augsburg, sowie im Auftrag der Stadt Augsburg tätigen Firmen, wird deshalb gestattet, genannten Privatgrund zu befahren.

Von dem (den) Unterzeichner(n) wird gewährleistet, dass genannte Privatfläche ungehindert befahrbar ist und gegebenenfalls Wendeplätze von parkenden Privatfahrzeugen freigehalten werden, so dass ein Rückwärtsfahren der Entsorgungsfahrzeuge nicht notwendig wird.

Sofern die Zufahrten nicht frei zugänglich sind, besteht keine Verpflichtung der Entsorgungsfahrzeuge die einzelnen Grundstücke anzufahren.

Die Stadt Augsburg, sowie im Auftrag der Stadt Augsburg tätigen Firmen, wird von der Haftung für auftretende Schäden am Fahrbelag sowie am Unterbau der zu befahrenden Flächen freigestellt.



Der (Die) Unterzeichner erklär(t)(en)

- ☐ Ich bin alleinige(r) Eigentümer(in) des o. g. Grundstücks.
- ☐ Ich bin nicht alleinige(r) Eigentümer(in) des o. g. Grundstücks. Folgende Person(en) ist/sind (Mit-)Eigentümer(in) des Grundstücks und schließen sich dieser Erklärung an:

Name, Anschrift \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Name, Anschrift \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Name, Anschrift \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich verpflichte mich, Änderungen der Eigentumsverhältnisse unverzüglich dem Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung mitzuteilen.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift